

ZdJ

Zeitung
der
Jungsozialisten
Georgsmarienhütte



Nr. 2 - Nov. 1977 Für Mitglieder kostenlos / Übrige -,50 DM
Verantwortlich: Joachim Korte / Rainer Korte / Günther Poggemann
Herrmann Raufhake / Michael Schürmeyer / Reinhold Thiede / Uwe
Witschel / Anschrift: Küferstraße 1, 4504 Georgsmarienhütte

Inhaltsverzeichnis

Atomkraft ... Grundrechte ...	
- Erlebnisse bei einer Demonstration	Seite 2
- Probleme des "Schnellen Brütters"	Seite 5
- Staatliche Förderung der Kernenergie, die SPD und der Protest der Bürger	Seite 6
Ein Arbeitskreis stellt sich vor	Seite 8
Günter Wallraff, der "Untergrundkommunist"	Seite 10
Gemeinsame Arbeit der Sozialisten in Georgsmarienhütte	Seite 17
B 51 - Verlegung bedroht den Wald	Seite 20

Atomkraft ...

Grundrechte ...

Erlebnisse bei einer Demonstration

In Kalkar am Niederrhein befindet sich zur Zeit der Prototyp eines Kernkraftwerks, des sog. "Schnellen Brüter" in Bau. Für den 24. 9. 77 hatte eine Reihe von Bürgerinitiativen unterstützt u.a. von den Jungsozialisten und Jungdemokraten zu einer Großdemonstration in Kalkar gegen diese besonders umstrittene Form der Kernenergienutzung aufgerufen. Schon vor dem 24. 9. stand die Demonstration im Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen: Die auf der Wiese des Bauern Maas direkt neben dem KKW geplante Abschlußkundgebung wurde mit dem Hinweis auf erwartete Gewalttätigkeiten gerichtlich untersagt; von Seiten der Politiker(NRW-Innenminister Hirsch, Ministerpräsident Kühn) wurde die Bevölkerung aufgefordert, der Demonstration fernzubleiben, da dort Kommunisten und Chaoten anwesend sein würden.

Wer dennoch keine andere Möglichkeit sah als die Demonstration, um seinem Protest gegen den "Schnellen Brüter" Ausdruck zu verleihen, und also nach Kalkar fuhr, machte dann auf der Anfahrt und in Kalkar selbst Erfahrungen ganz eigener Art. Die Erlebnisse des Autors sollen hier geschildert werden:

In der Nähe von Coesfeld die erste sog. Verkehrskontrolle. Ein Polizist verschwindet für 5-10 Minuten mit unseren Ausweisen im Streifenwagen. Ca. 30Km vor Kalkar in Bocholt gegen 9 Uhr die zweiten Kontrolle; diesmal nicht nur Überprüfung der Personalien, sondern gründliche Durchsuchung der Wagen. Dabei werden ein Abschleppseil, ein Benzinkanister und eine Flasche destilliertes Wasser(auf der Bescheinigung der Sicherstellung heißt es: Destilliertes Wasser ???!) sichergestellt. Ein anderer Benzinkanister wurde nur geleert(welch eine Logik, zumal in Kalkar einige Tankstellen geöffnet waren!). Ein Wagenheber wurde uns nach langem Überlegen belassen. Wenige Kilometer

weiter der nächste Stop; ungefähr eine halbe Stunde Wartezeit; wieder Durchsuchung des Wagens; dazu diesmal Leibesvisitation. An der Rheinbrücke ca. 10Km vor Kalkar werden wir erneut durch ein riesiges, mit Maschinenpistolen bewaffnetes Polizeiaufgebot aufgehalten. 1 1/2 Stunden warten wir. Dann, als wir das Gefühl haben, daß die Abfertigung immer schleppender wird, machen wir uns zu Fuß auf den Weg. In einem Spalier von Polizisten werden wir gleich dreimal einer Leibesvisitation unterzogen. Wir beobachten, wie ganze Werkzeugkästen, leere Flaschen und ähnliches

werden. Ein Auto-Dosen Motoröl, auf seinen Motor schütten. Später heißt es dann: Waffen und waffenständen wurden Die Gegend um ausgestorben. Die sperit - nur alle geballte Polizeiphon werden wir gliedweise zu eivorzutreten - sitation. Unterfilmt. Gegen wir Kalkar. Die angesetzte Kundgeimmer nicht beDemonstranten Polizeikontrollen nicht erreicht uns, daß die Busse

vor der Abfahrt 2 Stunden durch die Polizei aufgehalten wurden. 10Km vor Kalkar wurde ein Zug aus der Luft durch Hubschrauber gestoppt; die Jugendlichen mußten aussteigen, wurden durchsucht und mußten zu Fuß weitergehen. Gegen 16 Uhr setzt sich der Demonstrationzug Richtung Bauplatz in Bewegung. Die Demonstrationsleitung fordert noch einmal alle



sichergestellt fahrer muß mehrere die er mit sich führt, gießen bzw. weg-in der Presse "Tausende von ähnlichen Gegen-sichergestellt". Kalkar ist wie Straßen sind ge-paar Hundertmeter kraft. Durch Mega-aufgefordert, ner Polizeikette wieder Leibesvi-dessen werden wir 2 Uhr erreichen bereits für 10 Uhr bung hat noch gonnen, da viele aufgrund der Kalkar auch jetzt haben. Man erzählt aus Münster bereits

Demonstranten zu absoluter Gewaltlosigkeit auf. Der Zug wird zu einem Schweigemarsch. Die Teilnehmer sind durch den Anmarsch und die Polizeikontrollen erschöpft. Kein Polizist ist plötzlich mehr zu sehen. Selbst an jener Abzweigung nicht, wo laut Anordnung der Behörden ein Weitermarschieren verboten ist. Lediglich ein Polizeihubschrauber als ständiger Begleiter fordert die Demonstranten auf, der Abzweigung zu folgen. Die Demonstration umgeht die Sperre. Es herrscht eine knisternde Spannung und auch ein bißchen Angst beschleicht einen. Mehr instinktiv schließt man die Jacken; wer ein Tuch hat, zieht es ins Gesicht. Im Juristendeutsch nennt sich so etwas: "Passive Bewaffnung"! Ich habe dennoch nie das Gefühl, daß es zu Konfrontationen mit der Polizei kommen kann - zumindestens nicht von Seiten der Demonstranten. Deshalb, und um deutlich zu machen, daß hier keine Chaoten oder Kommunisten den Bauplatz stürmen wollen, sondern Tausende friedlich ihrem Protest gegen die Atomenergie Ausdruck verleihen wollen, marschiere ich weiter mit.

Auch auf der Wiese des Bauern Maas kommt es dann nicht zu der viel beschworenen gewalttätigen Auseinandersetzung. Einige, die die Konfrontation mit der Polizei suchen, werden von Ordnern der Bürgerinitiativen rigoros zurückgehalten.

Rechtsstaat in Gefahr?

Die Bürgerinitiativen hatten zur Demonstration nach Kalkar aufgerufen, da die Demonstration eines der wenigen Mittel ist, durch das sie massiv ihre Anliegen deutlich machen können. Sie waren sich dabei auch bewußt, daß eine kleine radikale Minderheit versuchen würde, die Demonstration zu einer "Schlacht um Kalkar" umzufunktionieren. Sie aber aufgrund der Anwesenheit einzelner Extremisten von diesem Vorhaben zurückzuziehen, hätte geheißen, sich von einer Minderheit seinen Aktionspielraum auf Dauer einengen zu lassen.

Bereits vor der Demonstration wurde die große Mehrheit der friedlichen Kernenergiegegner von allen Seiten ins Zwielficht gerückt: Das Verbot, am Bauplatz selbst zu demonstrieren, die Hinweise von Politikern, der Demonstration fernzubleiben, und breit angelegte Pressekampagnen gaben der ganzen Anti-Atom-

kraftbewegung den Ruch des Verfassungsfeindlichen, obwohl jedermann weiß, daß Kommunisten und Chaoten in der BRD eine verschwindend kleine Minderheit darstellen (laut NOZ waren 2000 zur Gewalt entschlossene Demonstranten in Kalkar).

Dieses Vorgehen setzte sich dann beim Anmarsch und in Kalkar selbst fort. Für die große Zahl der friedlichen Demonstranten war das Vorgehen der Polizei schikanierend und entwürdigend. Die Sicherstellung von Gegenständen, die ansonsten in jedem Auto zu finden sind, die wiederholten Durchsuchungen, das Filmen und das gesamte Auftreten der Polizei ließen in einem das Gefühl aufkommen, als sehe die Polizei in jedem Demonstranten einen Schwerverbrecher. Faktisch bedeuteten die Polizeimaßnahmen die Aufhebung des Demonstrationsrechts. Hans Wüllenweber schrieb in der NOZ: "In Kalkar wurde dennoch ein Opfer gebracht: die Demonstrationsfreiheit, so wie sie die Väter des Grundgesetzes geschrieben

Probleme des "Schnellen Brüters"

- Die Technologie des "Schnellen Brüters" ist bisher so wenig erforscht, daß es sogar unklar ist, ob sie den bereits bestehenden Sicherheitsanforderungen genügen kann.
- Der "Schnelle Brüter" erzeugt in großen Mengen Plutonium, das hochradioaktiv ist und erst nach 24000 Jahren die Hälfte seiner Strahlungskraft verliert.
- Im "Schnellen Brüter" muß als Kühlmittel Heliumgas oder Natrium verwandt werden, die bei Berührung mit Luft sofort zu brennen beginnen.
- Bei einem Versagen des komplizierten Kühlsystems würde der Reaktorkern schmelzen und eine unkontrollierte Kettenreaktion, d.h. Explosion wäre unausweichlich.
- Das Plutonium kann leicht als Ausgangsmaterial zur Herstellung von Atombomben benutzt werden.
- US-Präsident Carter lehnt deshalb den "Schnellen Brüter" ab; auch der Haushaltsausschuß des Bundestages scheint in seiner Haltung unsicher geworden zu sein: Er beschloß im Juni eine vorläufige Finanzsperre für die Weiterentwicklung der Brütertechnologie.

freiheit, so wie sie die Väter des Grundgesetzes geschrieben

haben". Er rechtfertigt dies jedoch mit dem geplanten Angriff einer radikalen Minderheit. Was aber ist ein freies Demonstrationsrecht wert, das, sobald eine verschwindend kleine Gruppe es mißbraucht, für die große Mehrheit aufgehoben wird?

In Kalkar konnte man plötzlich erklären - wenn auch nicht verstehen -, weshalb einige Gruppen die BRD als Polizeistaat bezeichnen. Noch ist sie es bestimmt nicht.

Aber deutete sich nicht in Kalkar die Vision jenes Atomstaats an, der so sehr dem totalen Staat George Orwells aus seinem Buch 1984 gleicht und der dann zur Gewährleistung der Sicherheit entstehen könnte, wenn die Kernenergie weiterhin forciert ausgebaut wird??

Staatliche Förderung der Kernenergie, die SPD und der

Protest der Bürger

In den letzten 20 Jahren wurde keine Technologie in der BRD so umfassend und bedenkenlos gefördert wie die Kernenergie. Rund 20 Milliarden DM wurden allein durch die vier Atomprogramme ausgegeben. Riesige Summen flossen als Subventionen in die mit der Kernenergie befaßten Industrie. Der Kernenergie wurde die Rolle eines entscheidenden Energieträgers für die Zukunft zugewiesen. Sicherheitsbedenken oder auch Einwände politischer und wirtschaftlicher Art wurden nicht laut.

Diese Politik der uneingeschränkten Kernenergieförderung wurde von der SPD bedingungslos mitgetragen. Das 4. Atomprogramm wurde unter Federführung eines SPD-Ministers (Horst Ehmke) verabschiedet. In einer Antwort der Bundesregierung vom 16. 7. 75 auf eine große Anfrage heißt es:

"Eine besondere Bedeutung kommt daher der Kernenergie zu, die als einzige neue Energiequelle über die für eine wirtschaftliche Nutzung in großem Umfang erforderliche technische Reife verfügt".

Forschungsminister Matthöfer sah im Falle eines Kernenergiestops die Lichter ausgehen und malte düstere Bilder einer Zukunft mit Millionen von Arbeitslosen.

Erst in jüngster Zeit beginnt sich die Einstellung der SPD zur Atomenergie zu differenzieren. Einige Parteitage forderten einen Baustop, lehnten den Ausbau der Kernenergie ab oder forderten zuvor die Klärung der Entsorgungsfrage. Der Parteivorstand machte in einem Leitantrag für den Hamburger Parteitag den Bau weiterer Kernkraftwerke von der Erteilung der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Entsorgungszentrum abhängig. Selbst Minister Matthöfer bekannte kürzlich, daß die Entwicklung der Sonnenenergie überraschende Fortschritte gemacht habe und ihr möglicher Beitrag zur Energieversorgung bisher unterschätzt worden sei.

Wie kam es zu diesem Umdenkungsprozeß?

Die Bauplatzbesetzung des Kernkraftwerkes Wyhl am 23.2. 1975 rückte das Problem der Kernenergie zum ersten Mal in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Die Wyhler Bauern befürchteten durch erhöhte Luftverschmutzung und Abwärmelastung des Rheins einen Qualitätsverlust ihres Weins. Je mehr man sich mit der Problematik beschäftigte, desto mehr Fragen tauchten auf. Hieß die Parole zunächst "Kein KKW in Wyhl", kam bald "und anderswo" hinzu. Der Protest blieb auch nicht mehr auf das Oberrheingebiet beschränkt; das Mißtrauen breitete sich aus und ließ neue Bürgerinitiativen entstehen.

Als schließlich Gerichte einen Baustop verfügten, mußten die Politiker ihre Expansionspläne für die Kernenergie überdenken und zum Teil korrigieren.

Fazit: Erst der Bürgerprotest, erst Wyhl und die Anti-Atomkraft-Demonstrationen haben die Kernenergie aus ihrem Schattendasein, in dem sie bedenkenlos ausgebaut wurde, ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Auch in der SPD begann die Diskussion über die Kernenergie als Folge des Drucks der Bevölkerung. Bleibt dann nur noch die Frage, wie man das Verhalten derjenigen Politiker deuten soll, die die Bürgerinitiativen immer wieder in die Ecke der Verfassungsfeindlichkeit drängen wollen. Ist es einfach Verkennung der Tatsachen oder Arroganz gegenüber dem Bürgerdenken oder sogar eine Strategie um den uneingeschränkten Ausbau der Atomenergie zu verwirklichen?

Ein Arbeitskreis stellt sich vor

An dieser Stelle möchten wir uns an alle Auszubildenden, jungen Arbeitnehmern und Schülern wenden. Wir, das ist der Arbeitskreis Betriebsjugend, der im Januar 1976 von der Afa (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) und den Jusos im Unterbezirk Osnabrück-Stadt gegründet wurde, mit dem Ziel vor Augen, sich für die jungen Arbeitnehmer einzusetzen. Es wird jedoch betont, daß die Mitgliedschaft im Arbeitskreis nicht abhängig ist, von der Mitgliedschaft in irgendeiner Partei oder Gewerkschaft.

Zu unserer Zusammensetzung ist zu sagen, daß wir etwa 25 Mitglieder zählen, im Alter von 16-27 Jahren, von denen die Hälfte in keiner Partei gemeldet ist. An den Sitzungen nehmen etwa 10-15 Personen ständig teil. Wir haben uns schon oft gefragt, woran es liegt, daß nicht mehr als 25 Interessenten den Arbeitskreis aktiv unterstützen. Ist es etwa Resignation oder Desinteresse an der eigenen Ausbildungs- bzw. Arbeitssituation!?

Wir wollen mit diesem Artikel versuchen, Euch einzuladen, die Ihr etwas unternehmen wollt, um aus Eurer Ausbildung eine qualifiziertere Ausbildung zu machen.

Unsere Arbeit sieht wie folgt aus: wir treffen uns 14-tägig, um Arbeiten vorzubereiten, Feten und Seminare zu organisieren oder Info-Stände zusammenzustellen. Artikel für die NOZ oder anderen Zeitungen, Flugblätter und Fragebögen werden in der Regel von Arbeitsgruppen ausgearbeitet und auf der nächsten Sitzung vorgelesen und diskutiert. Außerdem laden wir einmal im Monat einen Referenten zu unseren Sitzungen ein. Das letzte Referat wurde z.B. von einem Berufsschullehrer zum Thema "Berufliche Bildung" gehalten.

Nun wollt Ihr auch sicher wissen, was der Arbeitskreis Betriebsjugend bisher geleistet hat.

Wir haben zunächst versucht, durch persönliches Ansprechen von Jugendlichen aus Betrieben einen arbeitsfähigen Arbeitskreis aufzubauen. dann erörterten wir Fragen zum Berufsbildungsgesetz und zum Jugendarbeitsschutzgesetz (JARbschG)

mittels selbsterstellten Flugblättern. Aufgrund einer Verteilung von selbsterstellten Fragebögen zum JARbschG veranstalteten wir am 13./14.11.76 ein Seminar zu diesem Thema. Nach wiederholten Beiträgen der Teilnehmer, das in vielen Betrieben das JARbschG kaum oder überhaupt keine Beachtung fände, haben wir einen Antrag an verschiedene Vorstände der SPD geleitet. Der DGB erhielt eine Durchschrift zwecks Kenntnisnahme. In dem Antrag wurde die Forderung gestellt, den § 22, Absatz 2 JARbschG (gefährliche Arbeiten) und die Einschränkungen des § 23 (Akkordarbeiten) zu streichen. Am 26./27.2.77 wurde ein zweites Seminar gestartet, wo es um die Ausbildungssituation in und um Osnabrück ging. Grundlage hierfür waren wieder Fragebögen, die auf dem Seminar ausgearbeitet wurden. Hier wurden teilweise erschreckende Mißstände in der Ausbildung deutlich.

Außerdem veranstalteten wir zwei Feten. Die erste im Haus der Jugend, und die zweite in der Lagerhalle unter dem Thema: "Ausbildungssituation - Sackgasse?". Hier zeigten wir unter anderem einen Film, und Christian Rannenber... sorgte mit seiner Band für Stimmung.

Das nächste, das wir in Angriff nehmen, ist die Ausbildungssituation der Zahnartzhelferinnen, die, wie anhand einiger Fragebögen ermittelt haben, auch nicht gerade rosig aussieht: (z.B. bis zu zwölf Std. in der Praxis, nach der Berufsschule noch für vier Std. in die Praxis, sehr viel Routine- und berufsfremde Arbeiten).

Wenn Euch Eure Ausbildung nicht unwichtig ist, kommt doch mal völlig unverbindlich zu unserer nächsten Sitzung. Dort beantworten wir gerne noch offengebliebene Fragen und versuchen gemeinsam Eure Probleme zu lösen. Wer Lust zur Mitarbeit hat, kann auch in unsere Arbeit mit einsteigen.

Die nächste Sitzung ist am Donnerstag, den 10.11.77, um 18.30 Uhr im DGB-Haus, Osnabrück, Neuer Graben 23. Wir hoffen Euch zahlreich anzutreffen.

Kontaktadresse: Michael Schürmeyer, In der Hühlenbreite 12
4504 Georgsmarienhütte Tel.: 05401/6238

Günter Wallraff, der "Untergrundkommunist"

"Unerkannt arbeitet Günter Wallraff gegenwärtig in einer Hochburg der internationalen Reaktion." So begann ein Interview in der Juli-Ausgabe von "Konkret", in dem - stark umschrieben, so daß niemand auf Wallraffs Aufenthaltsort schließen konnte - über die damalige Arbeit des Autors berichtet wurde. Damals sagte er: "(...) wenn ich zurückkomme, wird ein Kesseltreiben gegen mich veranstaltet werden." Daß das eher eine Untertreibung war, mußte ihm schon damals klar sein, denn Wallraff befand sich nicht in einer Hochburg der Reaktion, sondern in deren Zentrale überhaupt, in der Redaktion der Bild-Zeitung. Seine Erlebnisse dort schildert sein neuestes Buch "Der Aufmacher".

Kritiker und Terroristen - Wirkungen des Buches

"Ich verabscheue Gewalt und Terror. Ich verurteile die Morde an Von Drenkmann, Buback, Ponto und den vier Begleitern Schleyers." Das ist der erste Satz in dem Buch Günter Wallraffs. Der Grund für diesen Einstieg, der doch eigentlich mit seinen Erlebnissen bei Bild überhaupt nichts zu tun hat, liefert er sofort nach: "weil zur Zeit in diesem Lande ein Klima herrscht, in dem demokratische Kritik diffamiert und in Terroristennähe gerückt wird." Und tatsächlich, schon lange bevor das Buch geschrieben war, schon am Tage nach seiner "Enttarnung", schreibt Bild von dem "Untergrundkommunisten", der sich eingeschlichen hätte und nun wohl einen "Kübel voll Jauche ausgießen würde. Wen wundert es, daß einige Tage später der Vorsitzende des Verbandes der norddeutschen Zeitungsverleger, Georg Pflingsten, an die niedersächsische SPD schreibt: "Halten Sie es wirklich für richtig, daß ein gewisser Herr Wallraff sich als Wanze in die Reaktion der Bild-Zeitung eingeschlichen hat? Vielleicht haben Sie die Ereignisse der darauffolgenden Tage - ich denke dabei an den verderblichen Mord an Herrn Ponto - eines Besseren belehrt." Schon ist die Verbindung da: Wer Bild kritisiert, wer Bild-

Methoden aufdeckt - der ist auch schon Terrorist, der legt auch Leute um. Wallraffs Befürchtungen, die er in der Einleitung seines Buches äußert - schon haben sie sich bewahrheitet. Und das Kesseltreiben hat auch schon längst begonnen. Wie so etwas vor sich geht, beschreibt Neven DuMont, Verleger, in einem Nachwort zum Wallraff-Buch. Da wird Wallraffs Mutter getäuscht und dazu verleitet, von ihren Sorgen und Nöten zu berichten, da werden Nachbarn immer und immer wieder nach Wallraff ausgefragt, von einer 86jährigen Frau etwa will man wissen: "Hat er als Kind Obst in Ihrem Garten geklaut? Hat er sich auf der Straße geprügelt?"

Was immer all die Recherchen, was Bild-Serien wie "Die Lügen des Wallraff" in der Öffentlichkeit anrichten, es wird sich zeigen. Wallraffs Mutter zumindest haben sie schon geschafft: Etliche Nachbarn glauben inzwischen, ihr Sohn müsse wohl ein Terrorist sein, wenn man ihn so suche, in Geschäften stocken die Gespräche, wenn Frau Wallraff hereinkommt und wohlmeinende Frauen trösten sie: "Nehmen Sie es sich doch nicht so zu Herzen, Sie können doch nichts dafür, daß Sie so einen Sohn haben, genausowenig wie die Eltern von Baader oder Meinhof." Die alte Frau ist inzwischen so weit, daß sie freiwillig ins Altersheim gehen möchte, wogegen sie sich immer gewehrt hatte. Die Bild-Methoden, die Wallraff versucht hat aufzudecken, spürt er nun am eigenen Leibe.

Bild-Methoden und Bild-Opfer

Zum Buch selbst: Es ist sachlich geschrieben; der Autor bemüht sich um eine Sprache, die auch Menschen, die wenig lesen, nicht überfordert, es ist ja auch nicht zuletzt für "Bild-Leser" geschrieben. Wallraff geht von einzelnen, beispielhaften Bild-Artikeln aus, zeigt ihre Entstehungsgeschichte: das Ereignis, das dem Bericht zugrunde liegt, die Verdrehungen, Manipulationen, die es ständig erfährt und stellt schließlich dem tatsächlich geschehenen Vorrang den nachher in Bild erschienenen Artikel gegenüber. Dieser Vergleich wird selbst eingefleischte Bild-Leser oftmals zum Lachen bringen; hier Beispiele aufzuführen, erübtigt sich nach den Vorabdrucken im Stern und in Konkret wohl.

Ebenso interessant wie die Entstehung eines Bild-Artikels ist

es, die Methode, mit der in der Bild-Redaktion gearbeitet wird, kennenzulernen. Die Mehrzahl der Reporter sind bei Bild sog. "freie Mitarbeiter", d.h. sie beziehen kein festes Gehalt, sondern werden nach Zeilen bezahlt. "Sie stehen mit den Geschichten, die sie anbieten, in existentieller Konkurrenz. Da sie es sich nicht leisten können, eine Geschichte zu recherchieren, ohne die Gewißheit zu haben, daß sie ins Blatt kommt (und somit bezahlt wird), müssen sie - ohne genaue Kenntnis des wirklichen Sachverhaltes, vor den Recherchen also - bereits einen möglichst saftigen, originellen Aspekt anbieten." (Zitat Wallraff). Daraufhin wird bereits eine Schlagzeile und die Anzahl der Zeilen festgelegt, die der Artikel umfassen wird. Wenn der Reporter also beginnt, ein Ereignis zu untersuchen, dann weiß er bereits, wie seine Überschrift lauten muß. Und wehe, die Wahrheit paßt nicht zur Schlagzeile. Dann muß eben etwas erfunden oder die Wahrheit so verdreht werden, bis es zur Schlagzeile paßt. Plötzlich versteht der Leser, wie es zu den Bild-Lügen kommt, erkennt, daß durchaus nicht nur die Bild-Leser, sondern auch die Bild-Reporter Opfer von Bild sind, Opfer des Zwanges, die Wahrheit der schon vorhandenen Überschrift anzupassen und nicht etwa die Überschrift nach den Tatsachen zu formen.

Vom Tellerwäscher zum Millionär - Bild-Ideologie

Soziale Themen wie etwa die Probleme von Arbeitslosen sind natürlich tabu für Bild - das könnte den Leser ja eventuell dazu bringen, über unsere Gesellschaft nachzudenken. Nachdenken ist aber etwas, was der Bild-Leser nicht mehr nötig hat, denn Bild denkt ja für ihn. Bild erklärt ihm, daß es ja eigentlich gar keine echten Unterschiede in unserer Gesellschaft gibt, daß doch der millionenschwere Fabrikant die gleichen Sorgen hat wie der kleine Arbeiter, eher noch mehr, denn wer weiß, ob nicht die Terroristen auch ihn mal ... Bild zeigt seinen Lesern, daß auch Königin Silvia um ihr Kind bangt, daß auch der berühmten Schauspielerinnen schon mal das Essen angebrannt ist. Millionäre wie Du und Ich - das ist die Bild-Ideologie. Dazu paßt auch, daß Wallraff bei Bild immer wieder auf Geschichten unter dem Motto "Vom Tellerwäscher zum

Millionär" angesetzt wurde; "Wir brauchen solche Geschichten von Unternehmern, die ihr Vermögen aus dem Nichts gestampft haben. Wir müssen sie als Vorbilder und Orientierungshilfen aufbauen." Die Vorbilder, die Bild produziert, müssen aber dem Leser erreichbar sein (zumindest scheinen), denn sonst bestünde ja die Gefahr, daß die Leser so etwas wie Klassenbewußtsein entwickeln könnten. Nein, die Bild-Welt ist eine geordnete Welt ohne soziale Probleme, ohne Widersprüche, eine Welt, die überschaubar ist, in der es keine ungelösten Probleme gibt. Wallraff zitiert aus einer hauseigenen Springer-Analyse der Bild-Zeitung: "Indem die Bild-Zeitung dem Leser eine bereits geordnete und kommentierte Sammlung dessen, was in der Welt vor sich geht, liefert - und dies in Kürze, Prägnanz, Bestimmtheit - gibt sie die beruhigende Gewißheit, daß man dieser Welt noch begegnen und sie fassen kann."

Emotionen und Vorurteile - Bild-Politik: CDU

Was aber bezweckt die Bild-Zeitung mit ihrer Ideologie, was ist das Ziel, das sie verfolgt? Wallraff versucht, das an Querverbindungen deutlich zu machen, Verbindungen zu Albrecht und Hasselmann, Strauß und Löwenthal, Drepper und Habe. "Der Kapitalismus," schreibt der Gewerkschaftler Eckard Spoo in einem Nachwort zum Wallraff Buch, "gerät immer tiefer in eine Krise, die mich und viele Gewerkschaftler besorgt macht. Ich sorge mich nicht um den Kapitalismus, denn anders als Axel Springer und andere halte ich dieses System nicht für unersetzlich, aber es gibt Grund zur Sorge, was sich Springer und andere Mächtige dieses Systems noch alles einfallen lassen werden, um an der Macht zu bleiben." Zunächst, so scheint es, haben sie sich einfallen lassen, die CDU wieder an die Regierung zu hieven. Da aber direkte Politik einerseits nicht in die Bild-Strategie paßt (der Leser würde wohlmöglich doch anfangen, selbst zu denken), andererseits CDU-Politik nur schwer an den größten Teil der Bild-Leser, die Arbeiter und Angestellten zu verkaufen wäre, geht Bild nach einer anderen Taktik vor. Wallraff beschreibt das so: "Das Blatt muß rechte Politik auch an den SPD-Wähler bringen, und der direkte Weg, über Strauß und Drepper, ist beschwerlich. Politik muß indirekter gemacht werden,

über Emotionen und Vorurteile: Aufputschen gegen Minderheiten, Schüren von Haß und Angst - am Besten anhand unpolitisch scheinender Objekte (Triebtäter, Gastarbeiter), das bringt die Stimmung, die sich zu kollektivem Schrei nach Todesstrafe, Rübe ab, Draufschlagen, verdichten läßt. Strauß und Dregger sind bloß die Fettaußen auf der Suppe des gesunden Volksempfindens. Die Küche, in der sie angerührt wird, ist die Bild-Zeitung."

Zu dieser Taktik gehört auch, CDU-Politiker zu "Menschen von nebenan" zu machen, etwa durch Schlagzeilen wie: "Das ist kein Witz: Ministerpräsident Dr. Albrecht wird Schäfer." oder "Minister Hasselmann von sechs netten, alten Damen verwöhnt." Es kommt auch schon mal vor, daß ein Interview mit Remmers oder eine Kolumne von Albrecht von einem Bild-Reporter geschrieben und dann von der CDU-Größe nur noch abgezeichnet wird. Die wissen ja, was sie an Bild haben, sie können unbesorgt sein, Bild schreibt schon das Richtige.

Atemberaubend platt und dumm - Bild-Politik: SPD

Aber was ist mit der SPD? Auch SPD-Politiker geben doch Bild Interviews. Wallraff schreibt hierzu: "Bild manipuliert. Aber dabei bleibt es nicht. Denn das Bewußtsein, daß Bild manipuliert, verdreht und verfälscht, veranlaßt viele Bild Informanten, sich darauf einzustellen: ... der Informant, der ins Blatt will, dreht seine Wahrheit auch schon nach Bild-Bedürfnissen zurecht. So entstehen die oft atemberaubend platten und dummen und überdurchschnittlich reaktionären Äußerungen auch führender SPD-Politiker in der Bild-Zeitung." Das heißt doch: SPD-Politiker richten sich danach, was die Bild-Zeitung wohl bringen wird - und das sagen sie dann. Wallraff führt als Beispiel Wohnungsbauminister Ravens an. Ravens besuchte die Bild-Redaktion und stellte sich den Fragen der Reporter. Wallraff (der Minister erkannte ihn nicht) stellte die Frage, ob denn angesichts der neubauten, teureren und darum leerstehenden Luxusapartmenthäuser und der gleichzeitigen Wohnungsknappheit nicht dirigistische Maßnahmen erforderlich seien. Darauf antwortete Ravens: "In einer freien Marktwirtschaft muß das der Markt selbst regulieren. Da sollte man auf keinen Fall

zu staatlichen, dirigistischen Maßnahmen preifen. Ich kann mir schon Ihre Schlagzeilen vorstellen, wenn ich so etwas fordern würde." "Der Politiker", folgert Wallraff, "beugt sich dem Pressekonzern. Mehr als das: Er sagt den Vertretern des Konzerns auch noch, daß und warum er sich beugt. Alles in der Hoffnung, sein Besuch werde ihm eine positive Schlagzeile einbringen."

Von SPD, Rotfunk und Gegenmacht - Konsequenzen aus dem Buch

Das Buch von Günter Wallraff zeigt jedem in eindringlicher Weise, welche Macht Bild ausübt, sei es auf politischer, wirtschaftlicher oder privater Ebene. Nach Eckard Spoo's Meinung ist deshalb die Hauptkonsequenz, die aus Wallraffs Bild-Erfahrungen gezogen werden muß, die Stärkung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Dazu scheint mir das Buch Wallraffs eine notwendige Hilfe, denn gerade die Basis der Gewerkschaften, die Arbeiter, sind doch die Hauptkonsumenten der Bild-Zeitung. Wenn sie durch das Buch von der "Droge Bild" (Wallraff) entwöhnt werden könnten, dann erst wäre der Weg frei zur Bildung gewerkschaftlicher Gegenmacht.

Aber wie, so ist weiter zu fragen, ist es zu beurteilen, daß zur gleichen Zeit, in der im Vorwärts zum engagierten Eintreten gegen die Bild-Zeitung aufgerufen wird, SPD-Politiker eben dieses Springer-Blatt hoffieren? Was soll der Arbeiter denken, wenn wir ihm auf der einen Seite sagen: "Die Bild-Zeitung ist das Sprachrohr der Gegner der "kleinen Leute", er aber am nächsten Morgen ein Interview mit SPD-Ministern in der Bild-Zeitung findet? Wie soll man eigentlich SPD-Wählern klar machen, warum im sof. "Rotfunk" WDR der Film über Wallraffs Bild-Zeit abgesetzt wird, um den sich fast alle westeuropäischen Fernsehanstalten reißen? Wie lange kann es sich eigentlich unsere Partei, deren Wähler doch die große Mehrzahl der Bild-Leser ausmachen, wie lange kann es sich die SPD noch leisten, eine Zeitung zu hoffieren, die nichts, aber auch garnichts anderes im Sinn hat, als in Deutschland die Reaktion immer mehr zu etablieren. Eine Zeitung, deren Verleger Axel Gösser Springer das grundlegende Ideal der Sozialdemokratie, die Gleichheit aller Menschen, mit dem Satz diffamiert:

"(...) die Theorie von der Gleichheit ist das Todesurteil für die Freiheit." Die SPD muß endlich erkennen, daß sie niemals Nutznießer, sondern immer nur Opfer der Bild-Zeitung sein kann.

Es ist viel von Gewalt die Rede in diesen Tagen, von Terroristen und "Mordbanden", vor allem auch in Bild. Von der Art Gewalt, wie sie kritischen Schriftstellern und Theologen, wie sie Verwandten Günter Wallraffs und den vielen diffamierten Bild-Opfern angetan wird, von dieser Gewalt ist keine Rede.

Testen Sie: Könnte aus Ihrem Kind ein Terrorist werden?

- | | | | |
|---|-----------|--|-----|
| <input type="checkbox"/> Aus „guter Familie“ | Punkte 10 | <input type="checkbox"/> Kein „fröhliches Kind“ | 6 |
| <input type="checkbox"/> Zerrüttete Familienverhältnisse | -10 | <input type="checkbox"/> Sehr intelligent, stellt sich und anderen früh Problemfragen | 5 |
| <input type="checkbox"/> Beherrschende Mutterfigur(en) | 15 | <input type="checkbox"/> Bevorzugt als Lesitüre Literatur, die Weitschmerz oder -verneinung artikuliert (Kafka, Hesse) | 3 |
| <input type="checkbox"/> Vater beziehungsgestört, schwächlich | 10 | <input type="checkbox"/> Vorliebe für humoristische Bücher (Wilhelm Busch), Stücke, Filme, Sendungen | -8 |
| <input type="checkbox"/> Vater diktatorisch | 10 | <input type="checkbox"/> Als Kind Neigungen zu Gewalttaten | -10 |
| <input type="checkbox"/> Körperbau: hochaufgeschossen, schlank, schmalgliedrig | 5 | <input type="checkbox"/> Gebrauchte als Jugendlicher seltene Worte aus dem Fäkalien- und Sexualbereich | -5 |
| <input type="checkbox"/> In der Kindheit auffallend zart oder verzärtelt; extrem sensibel | 8 | <input type="checkbox"/> War Mitglied einer Reckerbande | -10 |
| <input type="checkbox"/> Keine enge Gemeinschaft mit Gleichaltrigen, eher Eigenbrütler | 5 | | |

BILD's Beitrag zur Terrorismusbekämpfung !

(BILD-Zeitung vom 16. August 1977)

(Pluspunkte erhöhen die 'Terrorismus-Wahrscheinlichkeit, Minuspunkte senken diese)

Gemeinsame Arbeit der Sozialisten in Georgsmarienhütte

Die Jusos und die Mitglieder des Sozialistischen Büros (SB) führten am 20.8.77 ein Gespräch über die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit. Als Gast hatte das SB Helmut Korte eingeladen. Helmut Korte ist ein führender Kopf des SB.

In seinem Referat führte H. Korte aus, daß es heute besondere Schwierigkeiten in der Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der SPD und der Rolle der Jusos in der Partei gebe. Im folgenden beschrieb er zwei gegensätzliche Einschätzungen, die man verkürzt die optimistische und die pessimistische Linie nennen könnte.

Die optimistische Linie orientiere sich an einem ehemals weitverbreitetem Selbstverständnis der Jusos, welches er mit dem Von der Vring - Zitat, daß die Jusos die SPD der 80'er Jahre seien, charakterisierte. Demnach sei eine Veränderung der SPD allein durch einen Generationswechsel möglich. Dieses optimistische Konzept schien durch die Entwicklung anfangs der 70'er Jahre bestätigt zu werden. (Parteitag 73 in Hannover, auf dem die Parteirechte in die Devensive gezwungen wurde) Nach der Entwicklung der letzten Jahre würde diese Position auch von den Jusos nicht mehr vorbehaltlos vertreten. Dem stehe die Einschätzung der Außerparlamentarischen Linken entgegen, nach der die AG der Jusos in der Partei nur als Spielwiese zu betrachten sei, und mit einer Integration der engagierten Mitglieder durch Karrieren im öffentlichen Dienst zu rechnen sei. Dieser Position entspricht auch die Einschätzung der SPD durch das SB.

Zur Verdeutlichung wurde von H. Korte eine Passage aus einem Artikel von Roland Roth angeführt. Demnach gäbe es heute nicht einmal die Möglichkeit sozialdemokratischer Politik, geschweige sozialistischer Politik in der SPD. Die SPD sei nicht mehr Partei der Arbeiterbewegung, sondern nur noch staatstragende Partei. Durch den Positionswechsel der Regierungspolitik von der Reform- zur Politik des Krisenmanagements scheint sich die pessimistische Einschätzung der Linken zu bestätigen, was auch eine Verunsicherung der optimistischen Linie zur Folge habe.

Helmut Korte setzte sich von der pessimistischen Einschätzung ab. Er nimmt an, daß sich nach dem Scheitern des sozialliberalen Reformismus auch konsequent reformistische Perspektiven in der Partei sich wieder entwickeln müssen. Die heute noch dominierende Linie des sozialliberalen Reformismus habe sich durch die Entwicklung seit 1954 selbst erledigt (Berliner Revision des Dortmunder Aktionsprogramms, Godesberger Programm).

Dieses Konzept bestehe im Kern in dem Versuch über Regierungstätigkeit einen sozialen und demokratischen Kapitalismus zu verwirklichen.

Die Jusos merkten im ersten Diskussionsbeitrag an, daß die Politik der Parteiführung nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des gesellschaftlichen politischen Bewußtseins verstanden werden könne und heute wäre zu beobachten, daß die Parteiführung nur dem Bewußtsein einer passiven Basis entspreche. Es stellte sich die Frage, wie politische Arbeit hier (GfHütte) und heute möglich sei.

Daraufhin führte Helmut Korte als Ergänzung seiner Position aus, daß nicht von einem Scheitern der SPD als ganzem ausgegangen werden könne, da die Arbeiterbewegung, deren Teil die SPD sei, gar nicht anders als durch Zerschlagung scheitern könne. Scheitern könne nur eine bestimmte politische Linie, eben der rechte Flügel der SPD, der sich "totregiert". Darum sei eine Linkswendung zu einer konsequenten reformistischen Politik möglich.

Die sozialdemokratische Politik würde sich in Zukunft an den Linken in der SPD orientieren müssen, wobei mitenspaltungstendenzen auf der Rechten der Partei zu rechnen sei. Ansonsten bliebe die SPD eine einheitliche Partei.

Dem entgegnete ein Mitglied des G.M.Hütter SB mit der Betonung der Notwendigkeit auch organisatorischer Alternativen zu der SPD, da die SPD heute nicht mehr als Arbeiterpartei mit zwei Flügeln zu betrachten sei, sondern ein rein technokratischer Bürokratenhaufen sei, dessen Funktion es sei Arbeiterinteressen an Regierungsinteressen zu binden.

Im folgenden stellte Helmut Korte heraus, daß sich ein neuer linker Flügel in der SPD im Zusammenhang mit der Lehrlings- und Studentenbewegung gebildet habe, woraus er die Notwen-

digkeit einer Stärkung der außerparlamentarischen Linken für die Möglichkeit einer Linksentwicklung in der SPD folgerte. Als weiteres Beispiel führte er den Einfluß der französischen Gewerkschaft CFDT auf die Sozialistische Partei in Frankreich an.

Ein Juso betonte die "Verbürgerlichung" der SPD-Funktionäre und auch der Arbeiter selbst. Die Arbeiter spielten heute keine Rolle mehr in der Partei, und die Entwicklung der SPD sei eben abhängig von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Politik zwar einerseits Reflex des Massenbewußtseins sei, andererseits das Massenbewußtsein auch als Reflex der Politik zu verstehen sei.

Trotz gewisser Unterschiede in den theoretischen Grundlagen sahen beide Gruppen in der praktischen Politik eine Möglichkeit der Zusammenarbeit. Weitere Gespräche, um diese Möglichkeiten zu konkretisieren, wurden vereinbart.

Aufgespießt

„Herrn Dr. Klaus-Detlef Funke

Lieber KDF,
mit großer Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß du nun einen wichtigen Teil der sozialdemokratischen Presse beherrschst. Vielleicht sind wir ja doch die Partei der 80er Jahre. Für höchst erfreulich halten wir auch die Tatsache, daß du nun zu den Großverdienern gehörst. Zum ersten Mal bietet sich für die Jungsozialisten die Chance, das Gleichheitsprogramm in die Praxis umzusetzen. Wie du dich sicher erinnerst, haben wir im Gleichheitsprogramm, dessen Mitautor du bist, ein Höchsteinkommen von DM 5000,— netto für ausreichend gehalten. Wir hoffen, daß du dieses Höchsteinkommen wesentlich überschreitest, und wären dir dankbar, wenn du den Differenzbetrag monatlich auf unser Konto Nr. 101 049 27 00 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn, überweisen könntest. Mit solidarischen Grüßen
Michael Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos; Ulrich Hürter, Finanz-Juso
Anlage: 1 Gleichheitsprogramm“

Brief des stellvertretenden Juso-Vorsitzenden Michael Müller an den im jugendlichen Alter zum Verlagsleiter der sozialdemokratischen Presseerzeugnisse aufgerufenen Immer-noch-Juso Dr. Klaus-Detlef Funke.

(aus der Frankfurter Rundschau vom 24. 9. 1977)

Den wenigsten Bürgern Georgsmarienhütte's wird bekannt sein, daß die Errichtung einer 2. Trasse für die B 51 einige Kilometer östlich der jetzigen Strasse geplant ist (im Flächennutzungsplan der Stadt Georgsmarienhütte ist diese Trasse bereits verzeichnet). Der Verlauf dieser geplanten Schnellstrasse soll in etwa so aussehen: Verlängerung der Umgehungsstrasse an der Abbiegung Wellendorfer Str. - Sandgrube Oesede (Wiesenbach) - östlich der Siedlung Kiffenbrink - westlich des Musenbergs - westlich des Fredens, um hinter Iburg wieder auf die alte B 51 zu stossen.

Dem Ortskundigen dürfte klar sein, welche Waldflächen bei der Realisierung eines solchen aberwitzigen Projekts im Bereich Musenberg und Freden zerstört, zerschnitten und verpestet werden. Der Erholungswert dieses noch relativ großen und unberührten Waldgebietes wie auch die Wohnqualität am Wiesenbach, am Kiffenbrink, an der Waldstraße und in Dröper würden erheblich gesenkt (Georgsmarienhütte - die Stadt im Grünen?).

Daß bei der geplanten geschwungenen, geraden Trassierung eine Rennstrecke für unsere geliebten Autos und uns selbst entsteht, sei nur als Gegenargument am Rande erwähnt.

Ernst zu nehmen sind die Wünsche der Bewohner der B 51 in Süd-Oesede, vom Strassenlärm dort entlastet zu werden. Doch würde eine solche Entlastung tatsächlich eintreten? Der Verkehr aus Iburg und aus Oesede wird weiter über die alte B 51 fließen, so daß weiterhin eine erhebliche Lärmbelastung bestehen wird. Lohnt sich für eine - bestenfalls geringe Lärmreduzierung - der Preis einer riesigen Waldzerstörung? Sind nicht lärmschützende Maßnahmen in Süd-Oesede letztlich wirkungsvoller?

In diesem Sinne hatten wir bei der SPD-Hauptversammlung am 28. April einen Antrag gestellt. Von der Versammlung wurde der Vorstand des Ortsvereins beauftragt, weitere Maßnahmen im Hinblick auf die B 51 zu ergreifen, die das Ziel haben sollten, schließlich eine Position der SPD-Georgsmarienhütte herbeizuführen. Insbesondere sollte Kontakt zur SPD-Iburg hergestellt werden, da Iburg auch betroffen ist. Leider ist uns bis heute von solchen Kontakten nichts bekannt - wann wird der Beschluß ausgeführt?